schafts- und Sozialordnung in allen Teilen der Welt lösen könnte, durfte man von Evanston nicht erwarten. Was wir hoffen, geleistet zu haben, ist: unsere christliche Sozialethik in einigen grundsätzlichen Punkten etwas über die Prolegomena hinausgeführt und sie auf wichtige aktuelle Fragen sachgemäß angewandt zu haben. Wir waren uns dabei bewußt, daß manche Bedenken, die schon gegen das Memorandum vorgebracht wurden, ihre Berechtigung haben, so wenn vermerkt wurde, man solle nicht versuchen, sämtliche wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Welt auf 15 Seiten zu behandeln, oder wenn das Fehlen eines einheitlichen, klar abgegrenzten Themas bedauert wurde. Aber wir konnten in dem jungen ökumenischen Rat nicht, wie die päpstliche Encyclica *Quadragesimo Anno*, 40 Jahre für eine umfassende und grundsätzliche Erörterung abwarten. Wir mußten uns schon nach 6 Jahren mit allen ernststen Fragen befassen, die nun einmal den verschiedenen Gliedkirchen des ökumenischen Rates am Herzen liegen; wir mußten sie behandeln, um — soweit das eben menschenmöglich ist — zum Bestand und zur Vertiefung der ökumenischen Bewegung beizutragen. Hoffentlich sind wir schon bei der nächsten Vollversammlung so weit, daß wir es verantworten können, unser Thema enger zu begrenzen und dadurch seine Bewältigung zu erleichtern.

4. Christen im Ringen um die rechte Ordnung der Welt

Von Gerhard Stratenwerth

Als der Vorbereitende Ausschuß am 10. August 1954 in Chikago zusammentraf, lag als Arbeitsgrundlage für die Sektionsverhandlungen nur ein unvollständiger und unfertiger Entwurf vor. Darum ist der von der Vollversammlung verabschiedete Bericht der Sektion und sind die beiden unmittelbar dazugehörenden Entschlüsse das Ergebnis einer echten Sektionsarbeit.

Auf der anderen Seite mußte die Folge sein, daß einzelne Abschnitte des Berichtes der Sektion unzulänglich sind, oder daß die Sektion sich bewußt darauf beschränkte, Anregungen zu weiterem vertiefendem gründlichem Studium zu geben.

Das trifft vor allem für die Einleitung zu. Sie ist herausgewachsen aus dem Versuch, etwas über die theologischen Grundlagen der Sektionsarbeit zu sagen. Dieser Versuch konnte nicht gelingen, weil die allgemeinen theologischen Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben sind. Die Theologie der Politik ist eines der schwachentwickeltesten Gebiete unseres allgemeinen theologischen Denkens; sie steht zwar in gewissen Zusammenhängen mit der Theologie der Geschichte, die in den letzten Jahren Gegenstand intensiverer Überlegungen gewesen ist; aber die Theologie der Politik stellt ihre durchaus eigenen Probleme. Während die Geschichte das Abgeschlossene, Vergangenheit gewordene Geschehen im Leben der Völker überblickt, ist die Weltpolitik das Handeln, das erst Geschichte wird. Die kommenden Jahre werden ernsthafte Studien bringen müssen, um die theo-

gischen Grundlagen für die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten sorgfältig zu durchdenken.

Die Sehnsucht nach Frieden und die Furcht vor Krieg

Es ist verständlich, daß der Schwerpunkt der Sektionsarbeit bei der Frage nach der West-Ost-Spannung und der der Kriegführung mit Massenvernichtungswaffen lag. Infolgedessen sind die beiden ersten Hauptabschnitte des Berichts diesen Fragen gewidmet.

Die jetzige Fassung der Abschnitte ist das Ergebnis sehr gründlicher und ernster Auseinandersetzungen. Zunächst konnte es so scheinen, als gehe es um die Frage, ob die Anwendung der Wasserstoffbombe erlaubt werden könne oder nicht. So sehr stand diese jüngste Frucht auf dem Gebiet des Atomkrieges im Vordergrund des Blickes, daß es einiger Mühe bedurfte, bis wir uns von der Beschäftigung mit der Wasserstoffbombe lösten, um sie als einen Spezialfall im Bereich der modernen Massenvernichtungsmittel überhaupt zu erkennen und von da aus den Abschnitt so zu formulieren, wie er heute gefaßt ist.

Von vornherein bestand darüber Einigkeit, daß die Anwendung von Massenvernichtungswaffen als Mittel des Angriffs unter allen Umständen zu verwerfen sei. Der Wunsch zahlreicher Mitglieder der Sektion, alle Massenvernichtungswaffen, von den Bombentepichen angefangen über die Atomwaffen der verschiedensten Grade, bis hin zu den chemischen und biologischen Waffen zu ächten, vermochte sich freilich nicht durchzusetzen, da es vielen schien, dies heiße sich gegenüber einem skrupellosen Gegner wehrlos zu machen.

Auch die Frage des Krieges überhaupt wurde in diesem Zusammenhang erörtert. Ist der Krieg heute tatsächlich sinnlos geworden, wie der Lordbischof von Chichester meinte, weil er mit den modernen Waffenvernichtungsmitteln den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten nicht mehr erkennen läßt? Welchen Sinn hat ein Krieg noch, dessen Ergebnis der „Besiegte“ dadurch zunichte machen kann, daß er in einem letzten Akt der Selbstvernichtung den „Sieger“ in die Katastrophe mit hineinzieht?

Diese Hintergründe sollte man kennen, um zu verstehen, wie sehr die endgültigen Formulierungen das Ergebnis echten Miteinanderringens und Aufeinanderhörens sind. Dabei muß auch das Bemühen beachtet werden, nicht illusionär zu sprechen, sondern der Wirklichkeit, wie sie ist, Rechnung zu tragen.

So wird vom „Frieden“ gesagt, daß er für Christen „mehr ist als das bloße ‚Fernsein des Krieges‘; Friede ist positiv gekennzeichnet durch Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe“. Ebenso bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß wirtschaftliche und politische Maßnahmen das Problem des Krieges und des Friedens nicht lösen können, weil das Problem im Grunde ein religiöses ist: „Das Menschenherz muß geändert werden.“

In Evanston ging man in der Frage nach der christlichen Stellung zum Kriege ein wenig weiter als in Amsterdam: „Es reicht nicht aus, wenn die Kirchen verkünden, der Krieg sei etwas Böses. Die Tatsache, daß sehr oft erhabene Ziele ausgedacht wurden, um den Krieg zu rechtfertigen, kann die Wahrheit nicht verbergen, daß sein gewaltsamer und zerstörerischer Charakter durch und durch böse ist. Deshalb dürfen sich die Christen, ein jeder in seinem Lande, zu diesem Betrüge nicht hergeben, sondern müssen ihn aufdecken.“

Darüber hinaus wird gefordert, daß die Kirchen „aufs neue die christlichen Wege zum Frieden“ studieren und dabei beides in Rechnung setzen müssen: „christlichen Pazifismus als eine Möglichkeit des Zeugnisses und die Überzeugung anderer Christen, daß unter besonderen Umständen militärisches Eingreifen zu rechtfertigen ist“.

Hier eröffnen sich vielleicht Wege zur Überwindung eines falschen, weil ideologisch begründeten Pazifismus. Christliche Entscheidung ist im Unterschied zur ideologischen nicht prinzipiell und darum nicht von vornherein kasuistisch fixierbar. Sie fällt in einer bestimmten Lage, in einem bestimmten Augenblick und ist gebunden an eine bestimmte Person.

Der Bericht fordert sodann die Christen auf, bei ihren Regierungen für die Entwicklung einer internationalen Ordnung für Wahrheit und Frieden einzutreten. Dazu wird das Verbot und die Ausmerzung aller Massenvernichtungswaffen und einer internationalen Rüstungskontrolle als ideale Grundforderung angesehen. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß „die Nationen im Augenblick auf Grund des herrschenden Mißtrauens in Sachen der Kontrolle von Atomwaffen . . . einen toten Punkt erreicht haben“. „Wir fordern die Nationen auf, sich zu verpflichten, von jeder Drohung und jedem Gebrauch von Atomwaffen und allen anderen Waffen der Massenvernichtung sowohl wie vom Einsatz jeglicher anderer Machtmittel gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates Abstand zu nehmen. Darüber hinaus sollen die Kirchen überhaupt die planmäßige Massenvernichtung von Zivilpersonen in offenen Städten, gleichviel mit welchen Mitteln und zu welchen Zwecken, verurteilen.“

Die Japaner legten eine Eingabe mit über dreißigtausend Unterschriften gegen die Anstellung weiterer Experimente mit Wasserstoffbomben vor. Darum fordert der Bericht der Sektion, „daß die Nationen ihre Versuche nur auf eigenem Territorium, und wenn anderswo, nur unter internationaler Aufsicht und Zustimmung durchführen dürfen“.

Das Miteinanderleben in einer geteilten Welt

Stand schon hinter den bisher behandelten Schwierigkeiten die scheinbar ausweglose Spannung zwischen den USA und der UdSSR mit ihrem jeweiligen Anhang, so hat man im II. Kapitel des Berichts tapfer versucht, dieses Problem

anzugehen. Nüchtern wird festgestellt, es könne nur ein Minimum an Ordnung vorgeschlagen, nur „ein schwacher Versuch“ unternommen werden, denn mehr wäre nur möglich zwischen Völkern, die aus der „Versöhnung, die Christus möglich macht“, leben.

Gibt es das überhaupt?

Das Minimum aber scheint darum keineswegs einfach illusionistisch zu sein, weil nur auf diese Weise ein Zustand herbeigeführt werden kann, dessen Labilität nicht eines Tages mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in den alle mit Vernichtung bedrohenden totalen Krieg im Zeitalter der Massenvernichtung umschlägt. Unter welchen Voraussetzungen können die beiden einander gegenüberstehenden Lager ohne Krieg miteinander leben? Der politische Begriff der „Koexistenz“ wurde dabei abgelehnt. Es mußte deutlich zum Ausdruck kommen, daß solches Miteinanderleben nicht im Nebel einer unwahrhaftigen Toleranz bestehen kann. In sechs Punkten werden die Voraussetzungen formuliert: 1. Grundsätzliche Anerkennung der Möglichkeit eines Nebeneinander; 2. Verzicht auf militärische Machtmittel auswärtiger Politik; 3. gesunde Sozialpolitik zur Verhinderung von Bürgerkriegen und den damit verbundenen internationalen Gefahren; 4. Achtung vor dem gegebenen Wort; 5. Bemühungen, bedeutsame Fragen durch Abkommen zu lösen; 6. Bereitschaft, ungelöste Fragen schiedsgerichtlich entscheiden zu lassen.

Gewiß ist auf beiden Seiten der geteilten Welt ein unermessliches Maß an bitterer Skepsis vorhanden. Sind beiderseits überhaupt noch soviel gemeinsame Begriffsinhalte vorhanden, daß diese sechs Mindestpunkte als gemeinsame Basis dienen können oder sind sie so illusionär wie der Versuch, dem Tiger beizubringen, Stroh zu fressen? In Evanston hat man sich geweigert, einer solchen — vielleicht begründeten — Auffassung stattzugeben. Man hat vielmehr gemeint, auch hier hoffen zu dürfen und zu müssen; man hat sich dazu bekannt, daß Christen „für die Versöhnung zwischen den Nationen eintreten müssen“ und hat den Satz gewagt, daß „die Kirche durch ihren übernationalen Charakter den Treffpunkt bilde, wo das Suchen der Wahrheit in Christus in seiner Bedeutung für die menschliche Gesellschaft in Glauben und Hoffnung wie in der schöpferischen Macht der Liebe sich vollziehen kann“.

Daß die Versammlung sich der Verpflichtung bewußt war, die solche Sätze umschließen, hat sie durch eine bedeutungsvolle Resolution bewiesen, über die wir am Schlusse noch berichten müssen.

Was die Nationen einander schulden

Unter dieser Überschrift zählt der Bericht die Strukturelemente der heutigen Völkergemeinschaft auf und wertet sie. „Die älteren Typen des Kolonialismus und Imperialismus sterben zwar sicherlich aus, aber neue Formen des Imperialismus erfordern unsere Wachsamkeit.“ Mit besonderer Sorgfalt werden die Fragen

formuliert, die durch die Entstehung neuer Staaten in den bisherigen Kolonialgebieten aufgeworfen werden. Diese Gebiete „brauchen dringend wirtschaftliche und technische Hilfe“. Das Programm zur Hilfeleistung an die unterentwickelten Gebiete wird dabei als „eine der hellsten Seiten der jüngsten Geschichte“ bezeichnet. Hier liegen Aufgaben und Probleme, denen wir in Deutschland bisher viel zu wenig Beachtung schenken.

Was bedeutet es z. B., wenn in Indien, dort, wo bisher Dschungel war, wo eine Bevölkerung lebt, die noch mit Pfeil und Bogen jagt, in vier Jahren eine Industriestadt für 90 000 Einwohner errichtet wird? Was geschieht eigentlich, wenn Menschen gezwungen werden, aus einem gesellschaftlichen Zustand wie er etwa dem Galliens und Germaniens vor dem Eindringen der Römer entsprechen mag, hinüberzuspringen ins Jahr 1954? Die europäische Gesellschaft ist beim Übergang in das von ihr selbst geschaffene technische Zeitalter beinahe zerrissen worden. Bis zur Stunde sind wir noch nicht fertig mit den Folgen. Aber was mag in Asien und Afrika geschehen? Die Götter sterben, die Geister zerstreuen, Sippen und Stammesordnungen verschwinden — Prozesse, die sonst in der Geschichte Jahrhunderte oder ein Jahrhundert in Anspruch nehmen, rasen in Monaten oder wenigen Jahren ab. Welche Wirkungen hat das auf die Seele der Menschen?

Für den Zentraleuropäer, der die heiße Glut der sozialen Kämpfe im 19. und 20. Jahrhundert noch im Blut zu spüren meint, der die Beunruhigung, den Schrecken, die Verzweiflung und den Haß dieser Jahrzehnte noch nicht vergessen hat, ist es Anlaß zu tiefer Sorge, wenn er feststellen muß, daß die Kirchenmänner aus den Völkern der unterentwickelten Gebiete die mit der Übernahme der zivilisatorischen Errungenschaften der Weißen verbundenen Gefahren anscheinend nicht einmal sehen, geschweige denn sich Gedanken machen, wie diesen Gefahren begegnet werden kann. Wir sind Mitträger und Mitschöpfer dieser Zivilisation. Schon darum und nicht erst, weil Söhne unseres Volkes als ihre Vertreter in ferne Länder gehen, tragen wir auch Mitverantwortung für die Folgen einer Aussaat in fremden Boden.

Aufhalten können wir nicht. Vermögen wir zu steuern?

Was geschieht, damit unsere schmerzvollen Erfahrungen aus hundert Jahren weitergegeben werden? Welche Aufgabe hat die Kirche gegenüber den hinausgehenden Ingenieuren, Ärzten, Wissenschaftlern usw.? Diese wenigen Fragen müssen genügen, um zu zeigen, daß wir keineswegs unbeteiligt sind, bloß weil wir in den letzten Jahren keine Kolonien aufzugeben brauchten.

Die Vereinten Nationen und die Weltgemeinschaft

Auch hier besteht die Gefahr, daß wir als Deutsche eine Sache, nämlich die UNO, in ihrer Bedeutung nicht recht würdigen können, weil wir ihr nicht angehören und darum keine Erfahrung haben. Es ist in der Sektion kritisiert worden, daß Erwägungen wegen einer Revision der Charta der Vereinten Nationen ange-

stellt wurden. Das sei Sache der Politiker. Der Bericht beschränkt sich darum auf einen vorsichtigen Vorschlag, es möge „eine Revisionskonferenz versuchen, die organischen und strukturellen Erfordernisse der Vereinten Nationen zu bestimmen, die notwendig sind, um Programme durchzuführen, die sich mit allgemeiner erzwingbarer Abrüstung, mit den Menschenrechten, mit ausgedehnter technischer Hilfeleistung und beschleunigter Entwicklung der Selbstverwaltung in Kolonialgebieten befassen“.

Im Zusammenhang damit werden auch die Probleme regionaler Zusammenschlüsse (z. B. Europarat) behandelt. Sie bieten sicherlich — zum mindesten für die Beteiligten — Vorteile, aber auch Gefahren; aber „trotz der möglichen Gefahr für internationalen Frieden und internationale Sicherheit, die in solchen regionalen Vereinigungen gesehen werden können, haben sie in einer auf Zusammenarbeit eingestellten internationalen Ordnung ihren gültigen Platz, vorausgesetzt, daß sie:

1. von eindeutig defensivem Charakter sind und militärische Aktionen gemeinsamer Entscheidung unterliegen;
2. den Zielen der Charta der Vereinten Nationen untergeordnet sind und sie unterstützen;
3. den echten gegenseitigen Interessen und Bedürfnissen der Völker in diesen Regionen entsprechen“.

Wir sind sicher geneigt, auf die Vieldeutigkeit jeder dieser Bedingungen hinzuweisen. Gibt es z. B. überhaupt noch Bündnissysteme ohne „rein defensiven Charakter“? Wo sind in dieser unserer zerteilten Welt mit ihrer babylonischen Sprachverwirrung überhaupt noch objektive Maßstäbe, die allein solche Bedingungen sinnvoll machen?

Selbst, wenn auf solche Fragen keine oder eine verneinende Antwort gegeben werden muß, ist der Versuch, von einer Grundlage aus, die noch ein eindeutiges Reden möglich macht, eine Ordnung des Friedens zu zeigen, nicht eitel. Im Gegenteil, er muß unternommen werden. Ist im Grunde die Predigt des Evangeliums nicht noch ein viel aussichtsloseres Ding?

Wir haben uns bei diesen Verhandlungen nur zuhörend verhalten. Aber wohl jedem der anwesenden Deutschen ist dabei deutlich geworden, daß die Tatsache der UNO — bei aller ihr anhaftenden Unvollkommenheit — einen Bremsklotz gegen den Ausbruch eines dritten Weltkrieges bedeutet, dessen Gewicht uns Deutschen im allgemeinen nicht genügend sichtbar ist.

Der Schutz der Menschenrechte

Dem Totalitarismus wird die Schuld dafür gegeben, daß der Ruf nach dem Schutz der Menschenrechte erhoben werden muß. Das Kennzeichen solcher Systeme wird darin gesehen, daß sie auf Ideologien gegründet sind, „die zuweilen atheistisch sind, zuweilen aber in religiöser Tarnung auftreten“. Denn die Kir-

chen sind genötigt gewesen, „wiederholt die Stimme des Protestes zu erheben gegen das Versagen religiöser Freiheit und anderer Rechte“, die „Zeichen der moralischen Krankheit der Welt sind“.

Auch die durch den Ökumenischen Rat geführte Untersuchung über das Recht der Kriegsdienstverweigerung und dessen Unterstützung . . . ist ein notwendiger Schritt in der Richtung nationalen und internationalen Vorgehens zu dessen Sicherung. Bis dahin müssen die Kirchen soweit wie möglich für gerechte Beurteilung und menschliche Behandlung derer eintreten, die sich zu „diesem persönlichen Zeugnis für den Frieden“ berufen wissen.

Da „internationales Recht öfter die Frucht als die Quelle echter Gemeinschaft ist“, kann „christliche Erziehung hier einen bedeutsamen Beitrag leisten“. Denn „starke Verteidigung der Menschenrechte . . . . erfordert tatkräftige und ausdauernde erzieherische Bemühungen auf breiter Grundlage“. Insbesondere werden „direkte Bemühungen der Kirche“ gefordert, Maßnahmen zu treffen, „um Flüchtlingen, Auswanderern, noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen und ähnlichen Gruppen leidender und unterdrückter Menschen zu helfen, welches auch immer ihre Herkunft, Rasse oder Religion sein mag“. Hinter diesem Relativsatz birgt sich ein Millionen-Elend, bei dem unsere deutschen Millionen nur einen Bruchteil darstellen. Abschließend heißt es: „Noch wichtiger als Hilfe ist eine gerechte und dauernde Lösung ihrer Probleme.“ Damit ist die ganze in ihrer Größe scheinbar ausweglose Aufgabe umschrieben.

Auf dem Wege zu einem internationalen Ethos

Nach dem Vorhergehenden ergibt sich zwingend die Frage, ob es irgendein alle verbindendes Ethos gibt oder ob ein solches Ethos möglich oder denkbar ist. „Die Wurzel der hartnäckigsten Gegensätze ist die Tatsache, daß Regierungen und Völker keinen gemeinsamen Schatz leitender Prinzipien zu hüten haben.“ Die Frage, ob der Versammlung vorgeschlagen werden solle oder könne, grundsätzliche Aussagen über den materiellen Inhalt eines „internationalen Ethos“ zu machen, hat schon in der Vorbereitung auf Evanston zu tiefgehenden Aussprachen geführt. Schließlich bestand Einigkeit darüber, daß ein solches „Ethos“ nicht verkündigt werden könne. Aber es ergab sich auch darüber Einverständnis, daß zu dieser überaus schwierigen Frage nicht geschwiegen werden solle. Schließlich mußten wir denen, die den Bericht studieren, ja wohl deutlich machen, auf welchen „ethischen“ Voraussetzungen die Ratschläge und Forderungen ruhen, die gemacht oder erhoben werden. Wir mußten das so deutlich machen, daß zum mindesten unser Bemühen sichtbar wird, so zu sprechen, daß jedem zugemutet werden kann, seine Zustimmung zu geben, sofern es ihm ernstlich um die Erhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zu tun ist.

So kam es zu den „versuchsweise unterbreiteten Überlegungen“, damit wenigstens „die Christen sich über ihr eigenes Verständnis der wesentlichen Prinzipien“

klar werden. Denn die Christen sollten die Staatsmänner dazu drängen, der grundsätzlichen Aufgabe, „die leitenden Prinzipien des internationalen Lebens in bessere Übereinstimmung mit Gottes Willen zu bringen“, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

In neun Sätzen werden die „Überlegungen“ formuliert. Der Raum erlaubt nicht, diese neun Sätze hier zu zitieren, zumal sie in dem Zusammenhang zu lesen und zu interpretieren sind, daß „die Kirchen den internationalen Raum als ein Feld des Gehorsams gegen Jesus Christus ansehen müssen“. Denn „sie können nicht zugeben, daß dies jenseits der Grenzen Seiner Souveränität oder jenseits des Geltungsbereichs des sittlichen Gesetzes liegt“.

Es ist gewiß nur anglo-amerikanischem Pragmatismus zu danken, daß es zur Formulierung kam. Daß nur „versuchsweise Überlegungen“ formuliert wurden, ist dem kontinentaleuropäischen Denken zu danken. Die berechtigte Sorge, daß „grundsätzliche“ Bedenklichkeit dort lähmt, wo etwas zu geschehen hat, hat sich, wie uns dünkt, in glücklicher Weise mit der ebenso berechtigten Sorge vereint, daß die Aktion, trotz guten Willens, schlechte Wirkungen haben könnte, weil im Ansatz Fehler enthalten sind. Nun ist das Problem gestellt. Das Feld ist abgesteckt, auf dem die kirchliche Theologie sich als „praktisch“ zu erweisen hat, indem sie — und damit kehren wir zu der aus der Einleitung gestellten Aufgabe zurück — zeigt, was es für den Christen, der, wo auch immer er in die geschichtlichen Entscheidungen in der internationalen Politik verflochten ist, bedeutet, daß er aus der Hoffnung der Welt, aus Christus lebt. Die kirchliche Theologie muß darüber hinaus den Christen, die handelnd in die Dinge dieser Welt verstrickt sind, die Wege weisen, wie sie die Nichtchristen zu gemeinsamer friedlicher Aktion bewegen können, ohne in falschem Kompromiß von Dem zu weichen, an Den sie gebunden sind.

In dieser Richtung gehen auch die Ausführungen des letzten Kapitels des Buches, die eine Aufforderung an die Kirchen enthalten, in „Arbeitsgemeinschaften, Bündeln, Gruppen von Kirchen, eigene Ausschüsse oder Kommissionen für internationale Angelegenheiten entwickeln und vollen Gebrauch davon machen.“

Die Wochen der heißen, oft leidenschaftlichen Auseinandersetzungen liegen hinter uns. Ich denke vor allem an das Ringen über die Anwendung der Massenvernichtungswaffen. Es war niemand da, der nicht gewünscht hätte, eine allgemeine Ächtung auszusprechen. Aber: „Wenn wir unseren Staatsmännern, Wissenschaftlern, Ingenieuren, Arbeitern, Soldaten verbieten, an solchen Waffen zu arbeiten oder gar sie zu verwenden, handeln wir dann nicht verantwortungslos solange wir damit rechnen müssen, daß andere solche Skrupel nicht haben und die von uns selbst herbeigeführte Wehrlosigkeit ausnutzen?“ Es wäre billig, solche Überlegungen als Ausdruck mangelnder Friedensbereitschaft abzutun. Aber sie sind ein Ausdruck der Angst, die Menschen heute infolge menschlicher Schuld und Sünde, voreinander haben müssen. Solange wir in diesem Teufelszirkel krei-

sen, ist der Friede und der Bestand der Menschheit in unmittelbarer Gefahr. Nur wenn dieser Zirkel gesprengt werden kann, besteht eine menschliche Hoffnung.

Ich meine, die Konferenz ist in ihren Erklärungen weit gegangen und wir müssen denen danken, die ihre Sorgen, wie sie eben angedeutet wurden, soweit überwinden ließen, wie es nun geschehen ist.

Der gesamte Ertrag der Sektion IV ist zusammengefaßt in einem bemerkenswert starken und inhaltvollen „Appell des Ökumenischen Rates der Kirchen“, den man vielleicht als einen letzten Versuch bezeichnen muß, den Teufelsring zu sprengen, soweit die Kirchen dazu in der Lage sind.

Die Tatsache, daß der Beschluß zu einem solchen Appell einmütig und auf amerikanischem Boden gefaßt wurde, sollte denen, die meinen, den Ökumenischen Rat als ein Instrument westlicher, vor allem amerianischer, Politik ablehnen zu dürfen, Anlaß zu ernsthafter Überprüfung ihrer Meinung geben, wie er diejenigen nachdenklich machen sollte, die meinen, der Wille, letzte mögliche Fäden nicht zerreißen zu lassen, sei immer ein Anzeichen für mangelnden Wirklichkeitssinn.

Daß solche Verkennung der Wirklichkeit die Vollversammlung des Ökumenischen Rates bei ihrem Beschluß nicht geleitet hat, zeigt die gleichzeitig angenommene Erklärung „zur Frage der Religionsfreiheit.“

Darin wird der Kirchen gedacht, mit denen der Ökumenische Rat „keinen Verkehr pflegen kann, über deren Leben und Zeugnis sich zwangsweise ein Schleier des Schweigens gebreitet hat.“ Aber die Vollversammlung weiß auch, daß „Christen in anderen Ländern, aus denen sich ausreichend zuverlässige Nachrichten gewinnen lassen“, trotz aller feierlichen Beteuerungen Gewalt erleiden und in ihren Menschenrechten und Freiheiten verkürzt werden. Und wir fügen hinzu: Verfolgungen in christlichen Ländern und im Namen Christi, schmerzen mehr als Verfolgung in Ländern, die Gott und Seinen Christus nicht kennen oder ihn verwerfen.

Wir haben versucht, einen Überblick zu geben über die Ergebnisse einer gemeinsamen Arbeit, deren großer, oft tödlicher Ernst wohl von jedem Teilnehmer gefühlt worden ist. Die Erregung, die manche Stunde bestimmt hat, ist abgeklungen. Jetzt, im Abstand, tritt in ihre Stelle fast verwunderte Dankbarkeit, daß ein gemeinsames Reden möglich geworden ist, in dem nicht über die Schwierigkeiten elegante Brücken gebaut wurden. Es sind Wege für künftige Arbeit und gemeinsames Handeln gefunden worden. Gott gebe, daß sie tapfer und wahrhaftig beschritten werden. Ob die Kirchen den Frieden der Welt erhalten können, steht nicht in ihrer Hand. Daß sie nichts unterlassen, wozu sie berufen sind, ist die Frage, auf die Gott einmal die Antwort gibt an jenem Tage, da offenbar wird, daß in Christus die Hoffnung der Welt Wirklichkeit geworden ist, in einem neuen Himmel und einer neuen Erde. Bis dahin ist tätiges Zeugnis unser Dienst, den wir der Welt schulden, damit sie sich nicht im Wahn angemaßter Selbstherrlichkeit zerstört.